

Arbeitskreis Freie Bildung
der Fachschaften-Vollversammlung
Universität Tübingen

An die Eltern aller Studierenden der Universität Tübingen

Ein Jahr nach Einführung der Studiengebühren

Tübingen, Dezember 2007

Sehr geehrte Eltern,

Ihr Sohn oder Ihre Tochter will Sie mit diesem Brief über die Studiengebühren informieren, die seit letztem Sommersemester von den Studierenden aller Hochschulen in Baden-Württemberg erhoben wurden. An der Universität Tübingen hat sich dagegen, wie überall im Land, von verschiedensten Seiten Widerstand geregt. Vielleicht erinnern Sie sich an die Boykotte, die letztes Wintersemester an mehreren Hochschulen des Landes angestrebt wurden. Die Studierenden der Uni Tübingen haben sich dieses Jahr erneut dazu entschlossen, einen Boykott durchzuführen und auch andere Universitäten in Baden-Württemberg führen ähnliche Protestaktionen durch. Ein Grund für diese Entscheidung war unter anderem die nun offensichtlich gewordene unangemessene Verwendung der eingenommenen Gebühren. So laufen an der Uni Tübingen von ca. 16 Millionen Euro Studiengebühren bisher 2,42 Millionen Euro als „belastungsbezogene Anteile“¹ in den laufenden Haushalt, angekündigt sind 4 Millionen Euro. Auf diese Weise sollen stetig steigende Energiekosten gedeckt werden. Diese Energiekosten sind in Tübingen aber mitunter so hoch, weil das Land in den letzten Jahrzehnten einen Sanierungsrückstau von mindestens 486 Millionen Euro entstehen ließ. Einen weiteren großen Posten in der Verwendung von Studiengebühren nimmt die Finanzierung von Tutorien ein. Diese wurden bis 2005 allerdings aus der Landeskasse bezahlt und werden nun durch Studiengebühren aufrecht erhalten. Es findet in diesem Fall also keine Verbesserung der Lehre statt, sondern lediglich eine Sicherung des Status Quo. Leider gibt es noch viele ähnliche Beispiele, auf die wir hier aber nicht gesondert eingehen können. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung (treuhandkonto@fsrvv.de).

Im Folgenden wollen wir auf die grundsätzliche Problematik von Studiengebühren eingehen. Denn über die falsche Verwendung hinaus behalten die bisherigen Argumente weiterhin ihre Gültigkeit.

¹ <http://www.uni-tuebingen.de/uni/qvr/05/05-16.html>

Als Schlusssatz der Broschüre des Landes Baden-Württemberg über die Studiengebühren finden wir diese Worte: „Studiengebühren sind für alle Studierenden eine wichtige Investition in die eigene berufliche Zukunft.“² Er enthält alle wichtigen Stichworte: Das Studium wird nicht mehr als Investition der Gesellschaft in ihre technische und besonders auch intellektuelle Weiterentwicklung, sondern als Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Individuen betrachtet. Abgesehen davon belegen Forschungen, dass Akademiker durch ihre typische Einkommensbiografie der Gesellschaft ihre finanziellen Investitionen zurückzahlen – mit Rendite.³ Dabei ist der Gewinn, den der viel zitierte „Standort Deutschland“ durch gut ausgebildete Fachkräfte hat, noch nicht einbezogen.

Ein weiteres Problem, das mit der Einführung von Studiengebühren einhergeht, ist die soziale Ungerechtigkeit. Gerade ärmere Studierende werden wesentlich stärker belastet als wohlhabende, da sie durch aufgenommene Darlehen bereits zum Beginn ihres Berufslebens mit Schulden belastet werden. Dies macht das Argument aus dem Faltblatt des Landes, Studiengebühren seien ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit, geradezu zynisch.

Des Weiteren kann man in dieser Broschüre lesen: „Hochschulen benötigen das Geld, um ihr Angebot weiter zu verbessern“. Wir meinen: Den Hochschulen Mittel zu kürzen und sie dann mit dieser Begründung von den Studierenden einzufordern, ist falsch. Bei den politischen Entscheidungen des Landes hinsichtlich der Ausgaben geht es darum, wie Prioritäten gesetzt werden – in diesem Fall zu Ungunsten von Studium, Ausbildung und sozialer Gerechtigkeit.

Die gute Nachricht ist nun: Wenn Sie mit diesen Studiengebühren nicht einverstanden sind, können Sie sich wehren. Eine wirkungsvolle Form des Widerstands ist der Boykott,

²Faltblatt „500 Euro für ein besseres Studium. Informationen zum baden-württembergischen Studiengebührenmodell.“ Download möglich unter http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/studium/studiengebuehren/Faltblatt_Studiengeb.pdf

³Vertieft werden diese Argumente in den empfehlenswerten Broschüren des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren. Man kann sie bestellen oder herunterladen unter <http://www.abs-bund.de/downloads/abs-broschueren/>

das heißt die organisierte Zahlungsverweigerung. Schon 1976/77 wurden Ersatzgelder⁴ von den Studierenden boykottiert, was zur Abschaffung der Gebühren führte. Das ist auch unser Ziel. Dazu beschreiten wir folgenden Weg: Die 602€ werden dabei auf ein Treuhandkonto eingezahlt, das von einem Anwalt verwaltet wird.⁵ Davon wird der Semesterbeitrag in Höhe von 102€ fristgerecht an die Universität überwiesen. Sollten sich bis zum 14. 2. 2008 weniger als 4000 der Tübinger Studierenden, das heißt ca. 25 Prozent der Zahlungspflichtigen, an dieser Art des Protestes beteiligen, werden auch die 500€ Gebühren fristgerecht und in voller Höhe an die Universität weitergeleitet. Wird dieses Quorum aber erreicht, tritt eine gewählte Delegation in Verhandlungen mit der Uni und dem Land. Die Universität wird auf Gespräche eingehen, da die Exmatrikulation von 4000 Studierenden keine Option für sie sein kann – sie wäre nicht nur öffentlich diskreditiert, sondern bekäme auch deutlich weniger Mittel aus dem Landeshaushalt. Sie könnte es sich schlicht nicht leisten. Auch die Stadt Tübingen hätte aus den gleichen Gründen kein Interesse an einer solchen Maßnahme. Daher ist das Risiko für die beteiligten Studierenden gering. Es besteht aber natürlich für alle TeilnehmerInnen jederzeit die Möglichkeit, ihr Geld zurückzufordern. Dies ist auf dem Treuhandkonto sicher, da allein der Rechtsanwalt die Verfügungsberechtigung inne hat und es gegen Veruntreuung versichert ist.

Unser Ziel in den Verhandlungen mit Universität und Land ist die Abschaffung der Studiengebühren. In diesem Fall werden die 500 € an Sie zurück überwiesen.

Falls Sie noch Fragen haben: Schreiben Sie uns, gerne auch per Email, an treuhandkonto@fsrvv.de. Wir setzen uns dann mit Ihnen in Verbindung und helfen Ihnen weiter. Um erfolgreich gegen die Gebühren vorgehen zu können und auch effektiv verhandeln zu können, brauchen Ihre Kinder und wir Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Arbeitskreis Freie Bildung

4 Die Ersatzgelder sollten vor allem von Studierenden der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten für die Materialien, die sie verbrauchten (z.B. Chemikalien), gezahlt werden.

5 Rechtsanwalt Siegfried Nold, Mühlstr. 14, 72074 Tübingen.